

mit dem Reichsanwalt, dem Staatssekretär der Marine. Es wird darin ausgeführt, daß alle Mitglieder der Regierung sich darin einig sind, daß der Frieden schleunigst geschlossen werden muß. Auf der anderen Seite müssen aber auch die nötigen Dienstleistungen ausgeführt werden. Das zur Ordnung bestellte militärische Maßgebot hat am Sonntag und Montag den Befehlen gehorcht.

Zugeständnisse an die Matrosen.

Die vom Generalgouverneur im Beisein des sozialdemokratischen Abgeordneten Roske und des Staatssekretärs Hauptmann beschlossenen Punkte lauten folgendermaßen: 1. Hauptmann nimmt die Forderungen der Matrosen an und verpflichtet schleunigst Durchführung bei der Regierung. 2. Sofortige Abbrechung sämtlicher gegen die Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen. 3. Einwirken zum Einlaufen der Flotte. 4. Unter Mitwirkung des Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der letzten in Haft befindlichen Personen vorgelegt, um über deren Freilassung, mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten zu entscheiden. Zur Vervollständigung des Ausschusses sind die Reichstagsabgeordneten Haase und Bedebour telegraphisch nach Kiel berufen worden.

Auf dem Dampfschiff „Kaiser“ verteidigten die Offiziere mit der Pistole in der Hand die deutsche Kriegsflagge, sie wurden aber durch die Mannschaften gezwungen, die Kriegsflagge herunterzuholen und die rote Flagge zu hissen. Unter den Offizieren sind zwei Tote, darunter der Kommandant, der die Mannschaft nicht an Land lassen wollte, und mehrere andere Verwundete. Von den vier Infanteriekompagnien, die Dienstag nacht in Kiel anlanden, haben sich sofort drei der Bewegung angeschlossen. Die vierte wurde entwaffnet. In der Nacht wurden auch Wandsbeker Husaren angegriffen. Sie wurden aber eine Stunde vor Kiel von Marinemannschaften mit Maschinengewehren empfangen und zur Rückkehr gezwungen. Der Gouverneur wurde Montag abend nach dem Bahnhofsgehoft und dort mehrere Stunden festgehalten. Weil man vermutete, daß noch mehr Truppen von auswärts kommen würden. Die Bürger können vollständig frei verkehren. Nirgends sind Abperrungen vorgenommen worden. In sämtlichen Marinebetrieben ist der Verkehr für Zivilpersonen gesperrt.

Gegen 7 1/2 Uhr am Dienstag Abend fand eine Versammlung statt, bei der Reichstagsabgeordneter Roske eine Rede hielt. Er führt aus, daß in einigen Tagen der Waffenstillstand folgen werde. Allen berechtigten Wünschen der Soldaten und der Arbeiter sollte baldige Erfüllung werden, dafür werde er sich einsetzen. Er hat um Ruhe und Besonnenheit und sprach von nutzlosen Gewalttaten, die der Sache der Demonstration nur schädlich sein könnten. Lebhaftige Zustimmung aus der Versammlung und Huzzas auf die Republik unterbrachen oft die Ausführungen des Redners.

Zur Friedensfrage.

Einigung in Versailles.

Der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Courant“ meldet: „Ich erfahre soeben, daß man sich in Versailles über die Deutschland auszuwerkenden Waffenstillstandsbedingungen geeinigt hat. Die Bekanntgabe dieser Bedingungen, die 14 Punkte umfassen, ist sichtlich zu erwarten.“

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Die neuerdings aus Genf gemeldeten angeblichen Friedensbedingungen der Entente enthalten, wie an zuständiger Stelle in Berlin berichtet wird, jeder offiziellen und tatsächlichen Grundlage und sind lediglich als Versuchsballon zu bewerten. Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente sind noch nicht in Berlin eingetroffen.

Man nimmt in Berlin politischen Kreisen, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, an, daß die Waffenstillstandsbedingungen jedenfalls erst nach dem 5. November mitgeteilt werden und zwar, weil Wilson die Senatswahlen, die in diesem Augenblick stattfinden, noch abwarten will, um je nachdem diese Wahlen für ihn günstig oder ungünstig ausfallen, seine Ansicht über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit mehr oder weniger Nachdruck zur Geltung zu bringen. Daß aber die wichtigsten Fragen zwischen den Ansicherungen Wilsons und denen der Entente, Staatsmänner Meinungsverschiedenheiten bestehen, unterliegt keinem Zweifel. Es verlautet übrigens, daß für die Abmachungen über diesen Waffenstillstand bereits eine Kommission ernannt ist, der angehören werden: General v. Gändell, der Militärdelegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General v. Winterfeld, ferner Admiral v. Mouzer und der frühere Staatssekretär Admiral v. Glinze.

Die Hoffnung auf die deutsche Annäherung.

Die Wasser Blätter bringen Londoner und Pariser Telegramme, aus denen hervorgeht, daß die Alliierten die Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen als sichtlich verzögern, um noch weitere durchschlagende militärische Erfolge zuvor zu erringen. „Daher“ hofft, daß der drohende Sturzfall in Bayern baldmöglichst in die Tat umgesetzt werde und alsdann der Sturm der öffentlichen Meinung in Deutschland die preussische Verantwortlichkeit dazu zwingen werde, um jeden Preis Frieden zu schließen. Das Wasser „Journal“ betont, Deutschland müsse jetzt den Gnadenstöß erhalten, damit es vollständig kapituliere.

Der heutige Kriegsbericht.

(Kritisch) Großes Hauptquartier, 6. November. Westliches Kriegsschauplatz.

Infanteriekämpfe in der Scheldenebene. Auf dem Schlachtfeld zwischen der Schelde und der Dije haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der gestern nach stärkster Artilleriefeuer seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, stieg auf geräumte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachhut in Einzelkämpfe verwickelt, die im Walde von Normal und südlich von Landreies großen Umfang annahm. Der Feind stand am Abend westlich von Naval, am Ostrand des Waldes von Normal, südlich von Landreies und südlich von Gulle. Auch zwischen der Dije und der Maas haben wir große Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt, und hat westlich der Maas die allgemeine Linie Marle—Dijon—Soons—Echy erreicht. Westlich der Maas standen wir mit ihm nördlich von Le Chesnes und westlich von Beaumont in Gefechtsfähigkeit. Starke Angriffe des Feindes bei Beaumont und Betenne wurden abgewiesen.

Südlich von Dun stehen die Amerikaner unter heftigem Feuerschutz über die Maas und drangen in die Wälder auf den östlichen Maashöhen zwischen Milly und Vilosnes ein. Das sächsische Jägerregiment 7 warf den in der Mitte der Kampffront auf Fontaines vordringenden Feind zurück und nahm den Epinoy-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Kamm der östlichen Maashöhen ihren Abschluß. Auf dem Ostufer der Maas schlugen brandenburgische und sächsische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen von Storg und in dem Walde von Etrage ab.

Wir schossen am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Wolle und Leutnant Rönneke erlangen ihren 35. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

General Groener übernahm für das amerikanische Heer. Die Londoner „Morning Post“ meldet: Auch Amerika übertrug dem General Groener die Führung der Waffenstillstandsverhandlungen für das amerikanische Heer in Frankreich.

Die Schabener Schenkungs Erblande. Der „Secolo“ meldet aus Korfu: Die serbische Regierung meldet Schabener Schenkungs Erblande an Oesterreich und Deutschland für die dreißigjährige Besetzung an. Man spricht von 8 bis 12 Milliarden Dinar.

Reichstagsabgeordnete an der Front.

Auf Einladung der Obersten Heeresleitung begibt sich eine Anzahl Reichstagsabgeordneter der Mehrheitsparteien auf etwa vier Tage an die Front. Die Abgeordneten sollen dort aus eigener Anschauung die Lage kennen lernen und, soweit es möglich ist, auch durch Ansprachen an die Truppen diese über die neue Lage in der Heimat aufklären.

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Abreise Karolyis zu Friedensverhandlungen nach Padua. Der ungarische Ministerpräsident Graf Karolyi begibt sich mit mehreren Mitgliedern des Nationalrates, Arbeiterrates und Soldatenrates nach Padua, um mit dem italienischen Oberkommandanten Graf Diaz, Friedensverhandlungen zu beginnen. Graf Karolyi teilte mit, daß die Waffenstillstandsverhandlungen abgeschlossen seien.

Die Versorgung Wiens.

Wie die „Ungarische Post“ meldet, wurde Abgeordneter Ellenbogen nach Budapest entsandt, um an den zuständigen Stellen wegen Versorgung Wiens mit Lebensmitteln Verhandlungen zu führen. Der ungarische Nationalrat gab dem deutsch-österreichischen Abgesandten eine Erklärung ab, daß dem Wunsch nach Ausschiffung von Lebensmitteln in weitgehendem Maße Genüge geleistet werden wird.

Die Verwaltung Oesterreich-Schlesiens.

Die „Deutschen Nachrichten“ melden aus Bielitz: Entgegen anderen Nachrichten ist Ostschlesien fast bis zur Grenze auf friedlichem Wege unter die Verwaltung des Deutschen Volksrates gestellt worden. Die Städte Bielitz, Teschen, Friedebel und Wistek sind von der deutschen Nationalgarde besetzt worden. Die deutschfreundlichen Polen helfen mit, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach Krakauer Blättern hat das tschechische Kommando in Prag an alle Kommandos in Schlesiens einen Befehl ergangen, nach dem Schlesiens als tschechisch zu betrachten sei.

Ukrainische Regimenter in Lemberg.

Nach einer Meldung aus Kiev hat die ukrainische Regierung zwei Bataillone nach Lemberg entsandt, um die Stadt für den ukrainischen Nationalrat in Besitz zu nehmen.

Trient von den Italienern besetzt.

Ueber den Vormarsch nach Trient meldet der Mailänder „Secolo“: Am 2. November wurde Rovereto ohne Kampf besetzt, und noch am selben Tage drangen, unbefehligt von den österreichischen Truppen, die Italiener in Trient ein.

Bayrische Beschränkungen.

Alle für die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn bisher vorliegenden bayrischen Pressedruckungen brücken die schwersten Beschränkungen für das Land deutsche Land zwischen Brenner und Bozen aus und erachten die Befehle eines feindlichen Durchmarsches durch Oesterreich schon jetzt, nicht erst für das Frühjahr, als gegeben.

Kaiserin Rita.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hat in den letzten Tagen die Kaiserin Rita durch eine Mittelsperson in Prag anfragen lassen, ob sie mit ihren Kindern eine Zeltlager in Brandeis an der Elbe (nordöstlich Prag) aufsuchen können. Es wurde ihr geantwortet,

daß sie willkommen wäre, wenn sie als Privatperson erscheine.

Zur Verfertigung der „Vigibus unita“. Nach dem „Giornale d'Italia“ sind die beiden italienischen Marineoffiziere, die den österreichischen Panzerkreuzer „Vigibus unita“ im Hafen von Pola versenkten, unterzogen in österreichische Gefangenschaft geraten.

Sächsischer Landtag.

Das Programm der neuen sächsischen Regierung.

Sitzung der Zweiten Kammer.

Die Rede des Ministers Dr. Heine. In Gegenwart sämtlicher Staatsminister, vor fast hundertem Hause und vor vollbesetzten Tribünen entwickelte gestern der Vorsitzende des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. Heine, das Programm der neugebildeten Regierung. Er führte u. a. aus:

Die neue Regierung tritt vor den Landtag in einer ernsten Zeit, in einer Zeit, wo Feinde uns allerseits umstürmen, wo der Bestand des Reiches auf dem Spiele steht, wo schwere Sorgen für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft uns im Innern bedrängen. In solcher Zeit und aus der Zeit heraus für die Zukunft soll unser oberster Grundsatz sein, alle lebendigen Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Wenn in den Zeiten, wo alle Kräfte auf das Äußerste angespannt sind, Wert darauf gelegt würde, daß fachkundige Männer an die Spitze der Ministerialdepartements ständen, so ist doch durch das eingeschlagene Verfahren Gewähr dafür gegeben, daß das Gesamtministerium in engster Fühlung mit der Volksvertretung steht. Diese Fühlung aufrecht zu erhalten, wird in erster Linie die bedeutungsvolle Aufgabe der eigentlichen Parlamentsminister sein. Sie werden die politische Haltung des Ministeriums wesentlich beeinflussen. Auch in Zukunft werden als Vorsteher der Ministerialdepartements — sei es aus Beamtenkreisen, sei es aus dem Landtage — nur solche Minister berufen werden, gegen deren Ernennung seitens der Mehrheit des Parlaments kein ausdrücklicher Widerspruch erhoben wird. Die Möglichkeit, daß ein Minister gegen den Willen des Parlaments dauernd im Amte verbleibt, scheitert an der Macht der Tatsachen. In Frage kommt die Bildung eines neuen Verkehrsministeriums und die Trennung des Kultus- vom Unterrichtsministerium.

Es ist zu hoffen, daß durch die Neuorganisation der Regierung diese und das Parlament mehr und mehr zu einer idealen Arbeitsgemeinschaft verschmelzen, in der die politischen Kräfte des sächs. Volkes soweit als möglich zur Wirksamkeit gelangen. Zu dieser Ueberzeugung bin ich berechtigt, haben doch alle Klassen und Stände in gleicher Vaterlandsliebe auch auf das Vaterland gemeinsam verteidigt, nach innen Mühen und Entbehrungen gemeinsam getragen. Nach diesem Kriege hat kein Stand mehr das Recht, sich den Anspruch auf besondere Vaterlandsliebe zu erheben, anderen Ständen die Vaterlandsliebe abzusprechen.

Das Wahlrecht. — Die beiden Kammern.

Die unmittelbare Folge dieser Auffassung ist die Forderung, daß das Wahlrecht für die Zweite Kammer auf breiterer Grundlage aufgebaut werde, daß insbesondere die Vorrechte des Besitzes hierbei wegfallen. Dementsprechend wird die Regierung dem Landtage in kurzer Frist den Entwurf eines Wahlgesezes vorlegen, das das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ohne jede Kleinliche Einschränkung vorschlägt. Um die Willkürigkeiten zu ihrem Rechte gelangen zu lassen, soll das Wahlrecht auf dem System der Verhältniswahlen beruhen. Damit werden nach langen Kämpfen die Wünsche breiterer Schichten in einwandfreier Weise erfüllt. Neuwahlen können selbstverständlich vor Friedensschluß und vor Heimkehr unserer Krieger nicht stattfinden. Wie die Dinge sich jetzt anstellen, hoffe ich aber, daß im Spätsommer oder Herbst des nächsten Jahres, also 1919, nach dem neuen Gesetze gewählt werden kann und heute übers Jahr der neue Landtag bereits in der Arbeit begriffen ist.

Wenn ich die Hoffnung ausgesprochen habe, daß Regierung und Parlament eng verbunden die Staatsgeschäfte führen sollen, so habe ich unter Parlament nicht nur die Zweite, sondern auch die Erste Kammer verstanden. Auch der Ersten Kammer können Minister entnommen werden, um die Verbindung zwischen Regierung und Erster Kammer zu sichern. Wenn ich im Augenblicke hierzu noch kein Bedürfnis herausgestellt hat, so kann ich doch in Zukunft ein solches ergeben. Der lebhafteste Wunsch der Ersten Kammer, fruchtbringend an der Entwicklung Sachsens mitzuwirken, steht fest.

Nahrungsmittel und Rohmaterialien.

Es sei mir gestattet, zunächst einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Sowohl in der Zeit bis zum Friedensschluß als auch in der Übergangszeit als auch später wird das Volk vieles entbehren müssen, was es vor dem Kriege als selbstverständlich ansah. Selbst der reichsten, gewöhnlichsten, volkstümlichsten Verwaltung wird es beim Mangel an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien nicht immer möglich sein, die Bedürfnisse des Volkes in der Weise zu befriedigen, wie sie es selbst möchte. Der beste Wille wird oft an der Macht der Tatsachen scheitern. Darüber muß sich jeder im Volke klar sein und er muß diese Klarheit in seinen Kreisen verbreiten. Vor allem aber ist davon zu warnen, durch Unbedacht oder gar durch Gewalt Unordnung zu schaffen. Die Wohlfahrt des Volkes kann bei den überaus schwierigen Verhältnissen nur dann verbürgt werden, wenn alle verantwortlichen Posten sich ungehindert in peinlichster Zusammenarbeit ihren Aufgaben widmen. Tritt Unordnung in dem überaus komplizierten Verwaltungsorganismus ein, so sind die schwersten Folgen für die Allgemeinheit zu befürchten. Die vorhandenen Vorräte sollen auf das gewissenhafteste erfasst und verteilt werden. Die eigentliche Schwierigkeit besteht in der Anaptheit der Vorräte und der Transportmittel. Rein zumut ist im Stande, die Vorräte zu stel-